



DFR – Kurz gesagt

Newsletter aus der Bundesgeschäftsstelle

Interview: Höheres Renteneintrittsalter bei Frauen führt zu einer Verschlechterung der Gesundheit

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat untersucht, wie sich die Abschaffung der sogenannten Altersrente für Frauen auswirkt. Bis 2011 konnten Frauen unter bestimmten Voraussetzungen bereits mit 60 Jahren und Abschlägen in Rente gehen, danach war dies nicht mehr möglich. Die Folge: Das höhere Renteneintrittsalter hat die Gesundheit betroffener Frauen verschlechtert.

https://www.diw.de/de/diw_01.c.855909.de/publikationen/wochenberichte/2022_41_2/hoeheres_renteneintrittsalter_bei_frauen_fuehrt_zu_einer_verschlechterung_der_gesundheit_interview.html

Wege aus dem Pflegenotstand

Die Zustände in der Altenpflege sind häufig prekär. Forschende analysieren, was geschehen muss, um die Personalprobleme der Branche zu lösen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die demografische Entwicklung führt zu einem massiven Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Menschen. Über 3,8 Millionen Menschen in Deutschland sind über den Pflegegrad 1 hinaus hilfsbedürftig. Mehr als eine Million Beschäftigte kümmert sich um diese Älteren. Hinzu kommen – geschätzt – 700000 meist aus Osteuropa stammende sogenannte Live-Ins, die im Haushalt der zu Betreuenden arbeiten und wohnen. Damit sind in der Altenpflege mehr Menschen als in der Autoindustrie beschäftigt. Und dennoch: Das Personal reicht hinten und vorne nicht.

https://www.boeckler.de/pdf/impuls_2022_17_gesamt.pdf (S.6-7)

Podcast: Raus aus dem Pflegenotstand – aber wie?

In Deutschlands Gesundheitssystem, in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern herrscht seit Jahren eklatanter Personalmangel. Viel zu wenige junge Menschen entscheiden sich für Pflegeberufe, gleichzeitig geben viele Fachkräfte ihren Job auf, weil sie der hohen Belastung nicht standhalten. „Forum“ des rbb24 Inforadio.

<https://www.inforadio.de/rubriken/debatte/das-forum/2022/09/gesundheitspolitik-krankenpflege-altenpflege-personalmangel-fachkraefte-arbeitsbelastung.html>

EU besiegelt Frauenquote für Aufsichtsräte

Die EU-Staaten haben sich auf eine europaweite Frauenquote für börsennotierte Unternehmen geeinigt. Die EU-Staaten sollen bis 2026 zwischen zwei Modellen wählen können. Entweder sollen mindestens 40 Prozent der nicht geschäftsführenden Aufsichtsratsmitglieder Frauen sein. Oder die Aufsichtsräte und Vorstände zusammen müssen einen Frauenanteil von mindestens 33 Prozent erreichen.

https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-06/gleichstellung-europaeische-union-frauenquote-aufsichtsrate-vorstaende?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

Herausgeber: Deutscher Frauenring e.V. Bundesgeschäftsstelle Sigmaringer Str. 1 10713 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Elisabeth Botsch mail@d-fr.de